

Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag;
Bezugspreis: 2.50 Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post
in der Geschäftsstelle abgeholt 2.50 M.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Zander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Zeile oder deren Raum für Geisenheim
35 &, auswärtiger Preis 40 &. Reklamezeile 100 &. Bei mehrmaliger Aufnahme
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Fernsprechanruf Nr. 123 Amt Rüdelsheim am Rhein.

Nummer 138.

Donnerstag den 25. November 1920.

20. Jahrgang.

Die Millionenverschiebungen.

— Berlin, 22. November.

Die sozialdemokratische Interpellation im Reichstage.

In der heutigen Sitzung des Reichstages wurde zunächst die Vorlage über Oberschlesien einem Ausschuss überwiesen. Als nächster Gegenstand steht auf der Tagesordnung eine sozialdemokratische Interpellation, die von der Regierung Auskunft verlangt darüber, ob mit Hilfe des Bankhauses Grusser Kapitalverschiebungen nach dem Auslande stattgefunden haben und ob dabei Mitglieder adliger und fürstlicher Häuser auch des Hauses Hohenzollern, beteiligt sind.

Der ehemalige Reichszugler Abg. Müller-Brannen (Soz.) begründet die Interpellation. Er weist auf die trostlose Lage unserer Finanzen hin und geht dann über auf den Fall Grusser ein. Der Personenkreis, der sich über Berlin hinaus auch nach Hamburg und Hannover. Eine ganze Reihe von Angehörigen des Hochadels ist dabei beteiligt. U. a. werden genannt Graf Peter Radolin, die Gräfin Wanda von Plüsch-Bahstatt sowie ein Fürst von Schönbrunn. Nach Presseäußerungen sollen dann auch Mitglieder des Hauses Hohenzollern zu den Kunden Grussers gehören. Die Kronprinzessin Cecilie soll beim Bankier Grusser ein- und ausgegangen sein. Nicht beteiligt ist der Prinz Leopold von Preußen Vater. Gegen ihn bestehen aber schon Erhebungen des preussischen Ministeriums, weil er Silber und Effekten in großen Massen nach der Schweiz verschoben haben soll. Der Name des Abg. Gräfe: Der rote Prinz! Und ist nicht bekannt, daß der Prinz niemals einen Annäherungsversuch an die sozialdemokratische Partei Deutschlands gemacht hat. Wir verlangen, daß nicht nur schleunigst, sondern auch rücksichtslos eingegriffen wird. Der rühreren Regierung ist kein Fall der Verschöbung bekannt geworden.

Finanzminister Dr. Wirth: Sofort nach Bekanntwerden der Kapitalverschiebungen hat die Staatsanwaltschaft auf Veranlassung des Finanzministeriums sämtliche Geschäftsbücher der Berliner Filiale des Bankhauses Grusser sowie die Guthaben bei inländischen Banken beschlagnahmt. Ueber die zahlreichen beteiligten Personen können zurzeit bestimmte Angaben noch nicht gemacht werden. Wichtig ist, daß unter den Inhabern von Konten auch die Namen adliger und fürstlicher Häuser, darunter auch einiger Mitglieder des Hauses Hohenzollern festgestellt sind. (Lebhaftes Geklör!) Inwiefern sie sich strafbar gemacht haben, wird der Ausgang des Verfahrens ergeben. In das Ermittlungsverfahren einzugreifen, muß ich ablehnen. Die Finanzämter, die nach dem Steuerfluchtgesetz zur Beschlagnahme eines erheblichen Vermögens teiles ermächtigt sind, wenn ein Steuerpflichtiger in dem Verdachte steht, dem Fiskus Vermögenswerte zu entziehen, haben die Vollstreckung der Maßnahmen gemeldet. Die Zahl der Beschuldigten ist weit größer als 100. Der Name eines bekannten Generals ist in den Akten des Bankhauses Grusser nicht gefunden worden.

Hierauf wird in die Besprechung der Interpellation eingetreten. Abg. Düringer (Dnat.) erklärt namens seiner Fraktion, daß sie die amtlichen Maßnahmen der Regierung durchaus billige. Soweit Schuldige überführt werden, verlange er ihre energische Bestrafung. Die Behauptung des „Vorwärts“, daß die Frau Kronprinzessin in dem Bankhause ein- und ausgegangen sei und in der Familie verkehrt habe, ist der reine Schwindel. Die einzige Tatsache scheint das Konto zu sein. Es handelt sich hier um eine systematische Hege gegen die Hohenzollern.

Abg. Burlage (Ztr.): Die Regierung hat eine klare Antwort gegeben, wie wir sie erwartet haben. Es muß festgestellt werden, daß bereits seit drei Jahren die Presseäußerungen der äußersten Rechten dazu angehen gewesen sind, unsere Steuermoral zu vergiften. (Sehr richtig!) Angebroit wird der Mittelstand bei der Besteuerung ausgebeutet. Dabei schon gerade der Reichsnotopfer den Mittelstand in weitgehender Weise.

Abg. Dr. Kahl (D. Bp.): Ich habe zu erklären, daß meine Partei nichts deden wird, von wem es auch begangen worden ist. Die Majestät des Reiches steht höher als jede andere Majestät. Wir beklagen es, daß seitens der Parlamente immer wieder ein Eingreifen in schwebende Strafsachen versucht wird. Die Kulturstaaten des Hauses Hohenzollern können nicht dadurch verdunkelt werden, daß etwa ein Nachgeborener, den Sie (zur Linken) gewaltig seiner Rechte beraubt haben, etwas getan hat, was abgelehnt werden muß. Die Interpellation ist nur ein politisches Agitationsmittel.

Reichsfinanzminister Dr. Wirth: Ich bin Herrn Professor Dr. Kahl dankbar dafür, daß er das ethisch-nationale Moment betont hat. Aber wenn man sich die Liste durchliest, wird man mit Schamröte erfüllt, daß derartige Kreise unseres Vaterlandes sich solcher Geschäftsleute bedienen. (Große Unruhe rechts.)

Nach einem Angriff des Rechtsunabhängigen Buchta lehnt auch der Demokrat Dietrich-Baden jeden Eingriff in das schwebende Verfahren ab.

Es folgt dann eine längere Auseinandersetzung zwischen Scheidemann (Soz.) und Graf Westarp (Dnat.), wobei der letztere den Mehrheitssozialisten vorwirft,

daß sie mit ihrer Interpellation lediglich parteipolitisch-agitatorischen Zweck verfolgen.

Die Sitzung verliert sich schließlich in einen größeren Tumult. Auf Graf Westarp, der die Linke zu größtem Lärm aufgeschwungen hat, antwortet der Rechtsunabhängige Dr. Breitscheid, bei dessen Worten der Lärm und Ladau immer größer wird. Schließlich wird die Besprechung geschlossen und das Haus vertagt sich auf Dienstag.

Deutscher Reichstag.

— Berlin, 23. November 1920.

Kleine Anfragen und Anträge.

Nach dem stürmischen Verlauf der gestrigen Sitzung herrscht heute im Balltohaus tiefe Ruhe. Gleichsam am die aufgeregten Gemüter zu beruhigen, hat der Präsident auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung nur „ungefährliche“ kleine Anfragen und Anträge gesetzt.

Zunächst erkundigt sich der ehemalige Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation in Paris, Freiherr v. Versener (Dnat.), nach dem Los der deutschen Kriegsgefangenen, die zwei Jahre nach Abschluß des Waffenstillstandes immer noch in Avignon zurückgehalten werden.

Reichskommissar Stücken teilt mit, daß die deutsche Regierung mehrere Notizen in dieser Angelegenheit an die Entente gerichtet habe. Auch an mündlichen Vorstellungen hat sie es nicht fehlen lassen. Frankreich verzichtet jedoch nicht auf sein Recht aus dem Friedensvertrage. Zur Verringerung der Not der Gefangenen wird Geld und Genußmittel nach Frankreich geschickt.

Auf eine Anfrage des Abg. Kunert (U. Soz. rechts) antwortet die Regierung, daß das Gesetz zur beschleunigten Erhebung des Reichsnotopfers Milderungen für die Auslandsdeutschen vorsteht.

Eine Interpellation sämtlicher Frauen des Reichstages auf Vorlegung eines Jugendwohlfahrtsgesetzes soll im Dezember beantwortet werden, eine deutsche nationale Interpellation über die russischen Kriegsgefangenen in der geschäftsordnungsmäßigen Frist.

Anträge auf gerichtliche Verfolgung der Abg. Jfenmann (Ztr.), Wulle (Dnat.), Lübbing (Soz.) und Kempkes (D. Bp.) werden abgelehnt.

Das Abänderungsgesetz zur Besoldungsordnung, die Ausführungsbestimmungen und das Gesetz zur Sicherung der einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung gehen ohne Ausprache an den Haushaltsausschuß, die Vorlage über den Erlaß von Übergangswirtschaftsverordnungen an den neu gebildeten Rechtsausschuß.

Die Entwürfe zur schärferen Bekämpfung des Schleihhandels gingen gleichfalls an den Rechtsausschuß.

Mittwoch 1 Uhr: Haushaltsberatung (Friedensvertrag).

Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 23. November 1920.

Fortsetzung der Staatsberatung.

Das Haus nimmt zunächst in zweiter und dritter Beratung ohne Ausprache den Gesetzentwurf an, der für Staatsbeamte und Volksschullehrpersonen die während des Krieges zurückgelegte Dienstzeit anderthalbfach in Anrechnung bringt.

Hierauf wird der Entwurf, wonach die Erhebung von Kirchensteuern in den katholischen Kirchengemeinden vorläufig nach der den Kirchensteuerbeschlüssen zugrunde gelegten Veranlagung zur Staatseinkommensteuer für das Rechnungsjahr 1919 erfolgt, dem Ausschuss überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung des Haushalts der Justizverwaltung.

Justizminister Am Zehnhof weist zunächst einige Vorwürfe zurück, die gegen die preussische Justizverwaltung erhoben worden sind. Der Vorwurf der Parteilichkeit der Richter und Staatsanwälte ist völlig unbegründet. Für verkehrte Urteile ist ja die Berufung gegeben, die jetzt auch gegen die Urteile der Strafkammern eingeführt werden sollen. Sehr wichtig für die richtige Rechtsauffassung ist die Zuziehung von Schöffen. Hier muß der Kreis der Zuzuziehenden noch erweitert werden. Auch ich wünsche, daß am richtigen Plat die Frauen als Schöffen Verwendung finden.

Abg. Dr. Berndt (Dem.): Das Schöffen- und Geschworenennamt muß allen Staatsbürgern in weitestgehendem Maße zugänglich gemacht werden. Die Vorschrift, daß Volksschullehrer nicht Geschworene sein können, muß grundsätzlich und ohne Rücksicht auf Unabkömmlichkeit fallen. Die Strafanordnungen des Strafgesetzbuches befinden sich nicht mehr im Einklang mit den Anschauungen der Gegenwart. Hier muß unbedingt Wandel geschaffen werden. Für die Frauen fordern wir die grundsätzliche Zulassung zum Amt des Richters und des Staatsanwaltes.

Abg. Seelmann (Dnat.) wendet sich gegen die polemische Rede des Sozialdemokraten Heilmann und erklärt, daß der preussische Richterstand den inhaltlosen, ungerechtfertigten Angriffen Heilmanns gegenüber viel zu

hoch stehe. Er tritt für die Schwereitigkeit der jetzigen bürokratischen Justizapparates. Ferner beantragt er Zulassung der Frauen zur Staatsanwaltschaft.

Dieser letztere Antrag wird dem Rechtsausschuß überwiesen. Dann wird die Beratung abgebrochen. Nächste Sitzung Mittwoch 12 Uhr: Altersgrenzengesetz, Aufklärung.

Der Mittellandkanal.

Die Mittellinie gesichert.

Endlich ist nun die Entscheidung über die Linienführung des Schlusstückes des Mittellandkanals, die Deiser-Elbemündung, gefallen. Die Minister Defer im Mittellandkanalausschuß der Preussischen Landesversammlung mitteilte, kann die Mittellinie nunmehr als unbedingt sichergestellt angesehen werden.

Der Minister hat gleich nach der Entscheidung des Ausschusses mit den Staaten verhandelt, die auf dem Boden der Südlinie standen. Bei den Verhandlungen mit Thüringen ist man dadurch zu einer Einigung gekommen, daß man zugestimmt hat, die Kanalisierung der Saale bis Kreipau vorzusehen, von wo aus ein Anschlußkanal nach Leipzig möglich ist. Im weiteren sollen unter Beteiligung Preussens Talsperren bei Hohenwarte und Blantenstein gebaut werden. In dem Bau, der von Privatgesellschaften ausgeführt werden soll, wird sich Preußen mit zwei und Thüringen mit drei Anteilen beteiligen. Hierauf ist man zu einer Einigung mit Sachsen gekommen, das der Mittellinie zugestimmt hat, nachdem der Anschluß über Kreipau nach Leipzig sichergestellt worden ist.

Nach diesen Ergebnissen hat eine Besprechung sämtlicher Länder, die sich als Anhänger der Südlinie bekannten, mit der Preussischen Regierung in Berlin stattgefunden. Hierbei ist man zu folgender Verständigung gekommen. Die Mittellinie mit einem wertigen Anschluß nach Mitteldeutschland und Sachsen soll gebaut werden. Auf der Strecke von Reine bis Debitfeld soll die Kanalisierung so vorgehen werden, daß der Stichkanal nach Braunschweig möglichst nur eine Länge von zwei Kilometern erhält. Im Harz sollen unter Beteiligung Preussens Talsperren im Oker-, Eder- und Vode-tal errichtet werden. Man will den Wunsch Braunschweigs vertreten, beim Reich die Verlängerung des Stichkanals nach Braunschweig bis nach Wolfenbüttel anzuregen.

Nach dem Ergebnis dieser Besprechungen darf erfreulicherweise festgestellt werden, daß nunmehr alle beteiligten Länder Deutschlands den Beschlüssen des Preussischen Kanalausschusses in bezug auf die Linienführung beigetreten sind und es ist daher sicher zu erwarten, daß die Mittellinie im Reichsrat einstimmig gebilligt werden wird. Der Minister Defer gab im weiteren die Erklärung ab, daß er im Einvernehmen mit den Ländern beabsichtige, den Bau des Kanals im Wege der Notstandsarbeiten im Eilvernehmen mit dem Reich möglichst bald in Angriff nehmen zu lassen.

Mit dieser Entscheidung ist das Zustandekommen eines Kulturwerkes gesichert, das berufen ist, im künftigen deutschen Wirtschaftsleben eine sehr wichtige Rolle zu spielen. Die Mittellinie wird vornehmlich dem großen deutschen Durchgangsverkehr Rheinland-Ostdeutschland zu dienen haben. Hierfür ist sie, vermöge der geringen Höhenunterschiede, besonders geeignet. Eine Erschließung der angrenzenden Industrie- und Kulturgebiete ist durch die Anlage von Stichkanälen sehr leicht zu ermöglichen. Aller Voraussicht nach wird die nach langen Verhandlungen vereinbarte Linienführung des Mittellandkanals die Zustimmung des Reichsrates und des Reichstages finden, so daß der Bau der für unser Wirtschaftsleben so überaus wichtigen Wasserstraße binnen kurzem in Angriff genommen werden kann.

Das Stimmrecht der Oberschlesier.

Die polnischen Anträge vor dem Reichsterrat.

Nach einer Meldung aus Paris hat sich der Votschasterrat mit den Bedingungen der Volksabstimmung in Oberschlesien beschäftigt. Dabei ist die Frage aufgeworfen worden, ob den Söhnen preussischer Beamter, die in Oberschlesien geboren sind, das Abstimmungsrecht zustehen, da sie mit Oberschlesien in keinem anderen Zusammenhang stünden, als daß ihr Vater in einer gewissen Zeit dort beschäftigt war. Eine Entscheidung ist noch nicht getroffen worden, da erst allen anderen Verbündeten darüber berichtet werden und von deren Entscheidung der endgültige Entschluß abhängig gemacht werden soll.

Der Votschasterrat hat sich demnach zweifellos schon vor dieser Beratung mit den polnischen Anträgen auf Überkennung des Stimmrechts für die im Reich lebenden Oberschlesier befaßt. Allem Anschein nach will der Votschasterrat den polnischen Wünschen nicht stattgeben: das geht schon aus der Tatsache hervor, daß von den weitgehenden polnischen Forderungen nur ein Teil

minig niedrig gebieten ist, der sich auf den Ausschlag der Schiene preußischer Beamter erstreckt.

Aber die Erfüllung dieses Wunsches würde gegen die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages verstößen, der klar und deutlich jeder Person, die am 1. Januar des Jahres 1921 das zwanzigste Lebensjahr vollendet hat und in der Abstammungszone geboren ist oder dort ihren Wohnsitz hat, das Stimmrecht zugesichert. Von der Rechtmäßigkeit der polnischen Wünsche müssen die Alliierten übrigens keineswegs fest überzeugt sein, denn sonst hätten sie die Entscheidung sicherlich nicht auf später vertagt. Auf jeden Fall darf man mit einer gewissen Berechtigung annehmen, daß die Vorschläge der Konferenz den Abstimmungsbedingungen im Reich ihre durch den Friedensvertrag zugesicherten Rechte nicht zu schmälern beabsichtigt.

Legitimationskarten für Oberschlesien.

Eine Verordnung der Interalliierten Kommission bestimmt für die Bewohner beider Geschlechter, die das 16. Lebensjahr erreicht haben, die Einführung einer Legitimationskarte, die von der Ortsbehörde nach einem vorgeschriebenen Muster in der Zeit vom 15. bis 31. Dezember 1920 ausgestellt werden muß. Diesen Personen über 16 Jahre, die seit dem 31. Juli 1919 nicht ständig im Abstammungsgebiet ihren Wohnsitz hatten, erhalten diese Legitimationskarte nur, wenn die Ortsbehörde in Übereinstimmung mit einer besonderen Kommission ihre Ausstellung beschließt. In jedem Kreise wird eine solche beratende Kommission, die paritätisch zusammengesetzt ist, gebildet. Ihren Beratungen wird der Kreisinspektor als Vertreter der Besatzungsbehörde zugeteilt. Die Interalliierte Kommission entscheidet in den Fällen, in denen die Kommission die Ausstellung einer Legitimationskarte nicht bestärkt. Jede Person, der diese Karte verweigert wird, hat das Abstammungsgebiet innerhalb 14 Tagen zu verlassen.

Polnische Waffensunde in Oberschlesien.

Die Waffensunde in Oberschlesien mehren sich fast täglich. Fast durchweg handelt es sich um polnische Waffen. So wurde am Sonnabend wieder in Kapuzinowitz im Kreise Pleß bei einem Großpolen durch eine Streife der interalliierten Kommission ein großes Waffenslager, in dem sich auch ein leichtes Maschinengewehr befand, beschlagnahmt.

Ein politischer Mord in Venten.

Freitag nachmittag erschienen in der Wohnung von Theophil Kupke, dem Herausgeber der „Wola Ludu“ (Der Wille des Volkes), der bis vor einiger Zeit Mitarbeiter Korfanths im Hotel Pomniy war, drei maskierte Personen, die nach Beschäftigung fragten. Kupke, der an der Wohnungstür zunächst die Namen verzeichnen wollte, erhielt sofort vier Schüsse, darunter je einen in Kopf und Brust, die seinen Tod auf der Stelle herbeiführten. Der Mord ist offenbar politischer Natur. Bereits seit Tagen wurde Kupke von den verschiedensten Seiten durch allerlei Nachfragen nachgefragt, so daß festzustellen scheint, daß seine Beseitigung von langer Hand geplant war.

Ein neuer polnischer Mordanschlag.

Die „Schlesische Volkszeitung“ meldet aus Katowitz: Am Sonnabend fand in Kalline (Kreis Lublitz) eine von der Ortsgruppe der Heimattreuen veranstaltete Theateraufführung statt. Nach Schluß der Aufführung wurde von polnischen Soldaten, die sich auf der Straße herumtrieben, ein Schuß in den Saal abgegeben, durch den ein Mädchen verletzt wurde. Später wurde eine Handgranate in den Saal geschleudert, deren Splitter 15 Personen teilweise schwer verletzt haben.

Revolution in Irland.

Der Dubliner Hafen in Flammen.

Den letzten Nachrichten aus Dublin zufolge dauert der Kampf in den Straßen der Stadt an. Nach einem Privattelegramm des „Daily Herald“ sind die Docks und die Kohlenlager in Brand gesteckt. Ein großes Schiff steht ebenfalls in Flammen. In den Hospitälern gibt es Hunderte von Verletzten. Es ist bis jetzt noch nicht möglich gewesen, die Zahl der Toten endgültig festzustellen.

Die Stadt Dublin ist ruhig. Der Zug- und Kraftwagenverkehr ist eingestellt. Keine Zeitung ist erschienen. Auch die englischen Blätter sind nicht eingetroffen. Die Offiziere siedeln aus den Hotels in die Kasernen über.

Irlandtumulte im Unterhaus.

Greemanns Journal teilt mit, daß Dublin seit Sonntag abend von Militär umzingelt ist. Zwei Männer sind erschossen worden. Viele Verhaftungen wurden vorgenommen. Militärautos durchkreuzen die Straßen, es wird unaufhörlich geschossen. Im Unterhause führte der Massenmord der englischen Offiziere in Dublin am Montag zu einer heftigen Szene. Es kam zu Handgreulichkeiten und das Haus mußte auf kurze Zeit vertagt werden. Lord George teilte auf Anfrage mit, daß die Regierung vom Parlament weitestgehende Ausnahmemaßnahmen verlangen würde, um die Mordbande aus dem Wege zu räumen. Darauf ergriff Devlin das Wort. Ein Konservativer fiel ihm aber ins Wort und versuchte, ihn zu sich herüberzuziehen. Es entspann sich darauf ein Handgemenge, das schließlich zu der Vertagung des Hauses führte.

Zahlreiche Offiziere und Soldaten von den Einwohnern ermordet.

Nach einer Meldung aus Kopenhagen ist in der Sonntag-Nacht in der irischen Hauptstadt Dublin ein furchtbares Blutbad angerichtet worden. Bisher konnte schon festgestellt werden, daß elf Offiziere getötet wurden, aber auch eine große Anzahl von Soldaten fiel der organisierten Bartholomäusnacht zum Opfer.

Nach weiteren Meldungen über diesen entsetzlichen Mordakt der Sinnfrier wurden die meisten Soldaten ermordet, während sie in ihren Zimmern im Bett lagen. Die Sinnfrier hatten die Wohnungen ihrer Opfer ausfindig gemacht und dann die Ausführung systematisch vorbereitet.

Heftige Straßentämpfe in der irischen Hauptstadt.

Nach Bekanntwerden dieses Mordmordes entspannen sich heftige Straßentämpfe in Dublin, bei denen, so viel bisher bekannt ist, eine Reihe von Personen getötet worden ist. In einem einzigen Privathaus waren vier Offiziere ermordet worden. Die Straßenschlacht dauert noch an und erneuert sich immer wieder mit großer Heftigkeit. Militär-Banzersoldaten jagten durch die Straßen und fuhren schonungslos in die Menschenmenge hinein. Man erwartet fürchterliche Repressalien des englischen Militärs.

Vierzehn Tote, sechs Verwundete.

Eine spätere Reuter-Meldung besagt: Bei dem allgemeinen Angriff auf die englischen Offiziere in ihren Wohnungen wurden vierzehn Personen getötet und sechs verwundet. Zwei Polizisten, die zur Verstärkung ausgesandt worden waren, wurden auf dem Wege erschossen. Unter den Toten befinden sich zwei Kriegsgeschäftsoffiziere, ein Major, drei Hauptleute, ein Hauptmann a. D. und ein Leutnant. Die Zahl der Personen, die die Mord ausgeführt haben, betrug etwa 24. Drei der Mörder konnten gefangen genommen werden.

Die Rache der Polizeitruppen.

Ueber die blutigen Vorgänge am Sonntag wird noch berichtet: Der Kampf begann in Dublin, wo die Polizeitruppen den Fußballplatz umringten, wo etwa 15 000 Zuschauer versammelt waren. Als die Polizei die Menge nach Waffen untersuchte, wurde sie von einigen Sinnfrierposten beschossen. Die Polizei erwiderte das Feuer. Bei dem Gedränge wurden mehrere Personen getötet und verwundet. Nach unbestätigten Nachrichten beträgt die Zahl der Opfer zehn Tote und sechzig bis hiebzog Verwundete. Der Kampf dehnte sich auf ganz Dublin aus. Überall finden erbitterte Kämpfe statt. Der Verkehr ist vollständig eingestellt.

Gegen den Gewaltfrieden.

Die Essener Tagung der christlichen Gewerkschaften.

Nach einer Zeitspanne von acht Jahren nach dem letzten ordentlichen Kongreß der christlichen Gewerkschaften Deutschlands vom Oktober 1912 in Dresden trat nunmehr der Gesamtvorstand zu einer neuen Tagung in Essen zusammen, zu der Delegierte in großer Zahl aus allen Teilen des Reiches eingetroffen sind. Der Kongreß wählte zu Vorsitzenden den preussischen Wohlfahrtsminister Stegerwald und die Herren Behrens, Dieber und Jambusch. Nach dem Berichte des Ausschusses des Gesamtvorstandes ist die Mitgliederzahl des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften von 350 900 Ende 1912 auf 1 950 000 gestiegen. Der Gesamtverband hat sich mit anderen Verbänden zum Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen, der als Gegengewicht gegen den Radikalismus in der Gewerkschaftsbewegung positive Wiederaufbauarbeit leisten will.

Die Entscheidungssunde der deutschen Arbeiterschaft.

Der Kongreß wurde am Sonnabend durch Staatsminister Stegerwald mit einer Begrüßungsansprache eröffnet. Ausgehend von dem letzten Kongreß in Dresden führte der Redner u. a. aus, daß Deutschland in der Abendstunde des Völkertages stehe. Das deutsche Volk stehe vor der finsternen Nacht. Bismarck hat einst gesagt, daß alle hundert Jahre die Weltuhr zurückgestellt wird. Für Deutschland sei dieses Zurückstellen der Weltuhr durch den verlorenen Krieg Tatsache geworden. Er, Redner, glaube aber daran, daß über den Geschehnissen der letzten Jahre eine Vorlesung stehe, die wisse, was sie wolle. Durch die Revolution sei die deutsche Arbeiterschaft plötzlich an die erste Stelle gerückt. Gelingt es ihr aber nicht, schöpferische Ideen für die Einrichtung des neuen Deutschlands hervorzubringen, dann werde sie bestimmt wieder in ihre Aschenbrödelrolle zurückgeworfen, die sie früher einnahm. Die deutsche Arbeiterschaft, insbesondere die christlich-nationale, stehe vor einem so großen und entscheidenden Augenblick, wie niemals es eine solche Arbeiterbewegung gab. Nachdem die inneren Kämpfe innerhalb der christlichen Arbeiterbewegung abgeschlossen sind, soll der Kongreß klare Wege zum Wiederaufbau Deutschlands weisen.

Am Sonntag folgte eine mit großem Beifall aufgenommene Rede des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns, in der er den Grundgedanken des Zusammenarbeitens der christlich-nationalen Arbeiterschaft mit anderen Ständen vertrat zum Wiederaufbau des Vaterlandes. Sodann hielt Staatsminister Stegerwald eine großangelegte Rede über das

Verhältnis der christlich-nationalen Arbeiterschaft zu den Lebensfragen des deutschen Volkes.

Unter stürmischem Beifall der Versammlung forderte er eine Aenderung des Versailler Friedensvertrages, der ein unübersteigliches Hindernis für die Produktion der ganzen Welt sei. Zum Wiederaufbau des Vaterlandes müßten im Sinne einer konstanten inneren und äußeren Politik die vaterländisch, christlich, völkisch und wahrhaft sozial denkenden Kreise aus allen Volksschichten zusammengefaßt werden, auch parlamentarisch. Der Sozialdemokratie fehlten die Vorbedingungen für die überragende Führung. Nützlich sei eine einheitliche und politische geschlossene Ideengemeinschaft zwischen der gemäßigten Arbeiterbewegung Deutschlands und allen übrigen Volksgenossen, die in gleichem Sinne am Wiederaufbau und an der Erneuerung von Deutschland arbeiten wollten.

Deutsch, christlich, demokratisch, sozial!

(Beif. Beif.) Träger dieses Programms müßten die im Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten christlich-nationalen Arbeiter, Angestellten und Beamten werden. Eine starke christlich-nationale Volkspartei, die Zusammenfassung der politischen Kräfte im katholischen und evangelischen Lager sei das Gebot der Stunde. (Stürmischer Beifall.)

Die Beschlüsse des Essener Kongresses.

Einstimmig angenommen wurden vier von Stegerwald beantwortete Entschlüsse. Die erste fordert nachdrücklich eine grundlegende Revision des Friedensvertrages und appelliert an das Gewissen der ganzen Menschheit, sich in dem Kampf gegen die unchristlichen und unchristlichen Bestimmungen des Vertrages zu vereinigen. In der zweiten protestiert der Kongreß gegen die weitere Befestigung großer Teile von Deutschland. Drittens verlangt der Kongreß, daß die Regierung sich der neuen Forderung der Entente auf Ablieferung von 800 000 Milchfäßen auf das ener-

gischste widersetze. Die vierte Resolution räumt dem von Stegerwald vertretenen Forderungen auf Schaffung eines parlamentarischen Komitees, einer eigenen Tageszeitung der christlich-nationalen Bewegung und einer Volksbank zu.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 24. November 1920.

— Papst Benedikt XV. hat erneut eine erhebliche Winterpende für die deutschen Kinder durch den Berliner Röntgen angefordert.

— Eine Konferenz der süddeutschen Ernährungsminister in Karlsruhe gab in einer Entschließung der Ansicht Ausdruck, daß an der Zwangswirtschaft für Milch bis zu weiteren festgehalten werden müsse.

— Das Reichskabinett hat beschlossen, dem Reichsrat und dem Reichstag eine Vorlage wegen Erhöhung der Kinderzulagen der Beamten zugehen zu lassen.

— In den letzten Tagen durchzogen starke französische Artilleriekolonnen die Pfalz in der Richtung Mainz. Die Truppen wurden in den Ortsteilen während der Nacht in Massenquartieren untergebracht.

— Der Wahlrechtsausschuß der preussischen Landesversammlung beschloß, die Stimmenzahl für je ein Mandat von 45 000 auf 40 000 herabzusetzen.

— Der neue kommunistische Parteitag beginnt am 3. Dezember in Berlin. Auf der Tagesordnung steht allein der Punkt: Stellungnahme zum Vereinigungsparteitag.

— Abstimmung in Oberschlesien am 17. Januar. Von ausländischer Seite in Oppeln wird der „Breslauer Morgenzeitung“ bestätigt, daß die Abstimmung in Oberschlesien Montag, den 17. Januar 1921, stattfinden wird. Die deutschen und polnischen Angestellten der interalliierten Kommission haben ihre Kandidatur zum 1. Februar 1921 erhalten. — Das Volkssche Telegraphenbüro teilt zu der Meldung der Breslauer „Montagszeitung“ mit, daß der Abstimmungstermin für Oberschlesien erst im Laufe dieser Woche festgesetzt werden wird.

— Gegen eine Störung der Vieh- und Fleischversorgung. Die vor einigen Tagen im Reichsernährungsministerium versammelten Vertreter der landwirtschaftlichen Körperschaften faßten eine Entschließung, in der sie erklären, daß jedes mittelbare oder unmittelbare Ausfuhrverbot einer Provinz oder eines Landes eine unerträgliche Störung der Vieh- und Fleischversorgung mit sich bringt. In gleicher Weise gefährden die Viehverführungen nach dem Ausland die Fleischversorgung des deutschen Volkes auf das Schwerste. Die Körperschaften ersuchen daher die Reichsregierung, allen Ausfuhrverboten entgegenzutreten und nichts unversucht zu lassen, um die Verschlebung von Vieh nach dem Auslande zu unterbinden.

— Deutsche Lieferungen an Italien als Wiedergutmachung. Aus Triest wird der „Frankfurter Zeitung“ gemeldet: Die italienische Regierung hat der Reparationskommission mitgeteilt, daß sie geneigt wäre, von Deutschland unter dem Titel der Reparation weitere bedeutende Mengen von Farbmateriale, chemischen Produkten, pharmazeutischen Artikeln und Holz ferner verschiedene Fabrikate anzunehmen, sofern Deutschland in der Lage sein sollte, entsprechende Mengen abzugeben. — In Paris ist eine deutsche Farbstoff-Kommission eingetroffen, die die aus dem Friedensvertrag hervorgehenden Fragen bezüglich der Ablieferung deutscher Farbstoffe zu verhandeln hat.

— Verschlebung von Reichsgut? In der „Vossischen Zeitung“ wird eine schwere Ausladung gegen die Deutschen Reichswerke M.-B. erhoben. Diese Werke sind bekanntlich eine Zusammenfassung der reichseigenen Betriebe (Spandauer Werke, Reichswerke usw.). Ihnen wird vorgeworfen, sie hätten die Verwertung aller Werkzeugmaschinen einem Herrn Richard Kahn übertragen, der dadurch in die Lage versetzt sei, Hunderte von Millionen zu verdienen. Er habe die Maschinen teils als Schrottmaterial erhalten, während er in der Lage sei, sie als fertige gebrauchte Maschinen zu verkaufen. — Es ist selbstverständlich, daß diese Angaben eine genaue Nachprüfung erfordern.

Rundschau im Auslande.

— An Stelle des zurückgetretenen Lord Chelmsford ist ein Nachkomme des berühmten englischen Feldherrn gleichen Namens, ein Lord Wellington, zum Vizekönig von Indien ernannt worden.

— Der Berliner italienische Votschaster de Martino ist zum Votschaster in London ernannt worden. An seine Stelle wird der Senator Grassati, der Herausgeber des dem Ministerpräsidenten Giolitti nahestehenden Blattes „Stampa“ treten.

— Der Prinzregent von Serbien hat am 21. November den südslawisch-italienischen Vertrag von Rapallo ratifiziert.

— Die Attentate in Barcelona (Spanien) dauern an. Der frühere Bürgermeister von Tarasja, ein Fabrikbesitzer, ist in Barcelona erschossen worden.

— Die griechische Volksabstimmung über die Rückkehr Konstantins wurde verschoben. Die Kammer ist auf den 28. November zwecks Abstimmung über den Vertrag von Sevres einberufen.

— Der Gemeinderat von Paris hat beschlossen, zu Ehren Benizelos einer Straße den Namen „Benizelosstraße“ zu geben.

— Der Verteidiger von Kut-el-Amara, General Townshend, wurde bei der Erstwahl als Kandidat der Koalition mit 14 565 Stimmen gegen 10 600 Stimmen, die auf den Kandidaten der Arbeiterpartei entfielen, in das Unterhaus gewählt.

— Die seit dem 9. Februar in Danzig verbliebende englische Besatzung wird auf Befehl der englischen Regierung am 26. November Danzig verlassen.

— In Tirol wurde der Streik der Eisenbahner, der die Teilnahme der bayerischen Einwohnerwehren an dem Bundesfesten in Innsbruck verhindern sollte, am Montag eingestellt. Das Landesheft ist ungestört verlaufen.

— Die italienische Kammer hat das Frauenwahlrecht in der Gemeinde beschlossen. Wahlpflicht und Soldatenwahlrecht abgelehnt.

— Die Offensive des „Befreiers von Bina“, des polnischen Generals Jeligowski, ist nach einem anfänglichen Erfolg zusammengebrochen. Jeligowski selbst entging nur mit Mühe der Gefangennahme.

— Die Bolschewisten erklären, daß sie infolge der unklaren Lage auf dem Schwarzen Meer die Rückbesetzung der Kriegsgefangenen von Noworossisk nicht mehr fortsetzen können.

Lokales und Provinzielles.

* **Geisenheim, 25. Nov.** Am Freitag den 26. ds. Mts., nachm. 6 Uhr, findet im Rathausaale eine Versammlung der Stadtverordneten statt. Der einzige Punkt der Tagesordnung ist die

Beratung des Haushaltsplanes für 1920.

* **Geisenheim, 25. Nov.** Wie bereits angekündigt, wird auf Veranlassung des Kaufmännischen Vereins Mittel-Rheingau, am Dienstag den 30. November, abends 6 1/2 Uhr, im Großen Hörsaal der Höheren staatlichen Lehranstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau, Geisenheim, Herr Justizrat Dr. Fuld, Mainz, über das „Reichseinkommensteuer-Gesetz“ sprechen. Für jeden Steuerzahler ist der Vortrag von größter Wichtigkeit. Der als Steuerfachmann sehr bekannte Herr Justizrat Dr. Fuld, wird in sehr eingehender Weise die wichtigsten Fragen des neuen Gesetzes besprechen und im Anschluß an seinen Vortrag Gelegenheit zur Aussprache geben. Bei den bekannten Verkaufsstellen sind Eintrittskarten erhältlich.

* **Geisenheim, 25. Nov.** Wie bereits bekannt, hat der Verband für Geflügel- und Kaninchen-Zucht im Regierungsbezirk Wiesbaden in diesem Jahre eine Neuordnung erfahren und so wurden die Vereine der einzelnen Kreise selbständige Glieder des Verbandes. Die Aufgabe der Kreis-Vereine ist es nun, durch engere Zusammenarbeit, neues Leben in die Ruinen der einst so blühenden Geflügelzucht zu bringen. Aus diesem Grunde wurde dem Geflügel-, Kaninchen-, Vogelsucht- und Schuß-Verein, Mittel-Rheingau, Sitz Geisenheim die diesjährige und somit die „Erste Große Rheingauer Kreis-Verbands-Schau“ für Geflügel, Kaninchen, Kanarienvögel und Produkte von Seiten der Kreis-Vereine übertragen und findet dieselbe an den beiden Weihnachtsfeiertagen in der vorzüglich geeigneten Turnhalle der Volksschule zu Geisenheim statt. Das Preisrichterkollegium setzt sich aus folgenden Herren zusammen: für Geflügel, Herr Kaspar Ohler-Schierstein, für Kaninchen und Produkte die Herren Jean Deneffe-Höchst und Josef Frigge-Schierstein und für Kanarienvögel Herr Jakob Schmidt-Mainz. Die alljährlichen Ausstellungen des Vereins, hatten sich stets eines guten Rufes in der Bürgerchaft sowie in Züchterkreisen zu erfreuen und wird der Verein bestrebt sein alles aufzubieten, um diese Schau in zufriedenstellender Weise zu gestalten, kurz gesagt es wird eine Glanz-Schau geben, die alle früheren Schauen bzw. Ausstellungen im Rheingau bei weitem übertrifft wird. Die Reinerträge finden in erster Linie Verwendung für den Wiederaufbau der nutzbringenden Geflügelzucht sowie für den Vogelschutz. Wir richten hiermit die Bitte an die Bürgerchaft und die dem Verein noch fernstehenden Züchter uns in jeder Hinsicht zu unterstützen um die nutzbringende Sache wieder auf ihre frühere Höhe zu bringen. Gut Zucht!

△ **Den Zimmerpflanzen** muß man jetzt eine größere Beachtung schenken und eine aufmerksame Pflege zuteil werden lassen, als solches im Sommer nötig ist. Denn erstens bekommen die Pflanzen weniger Licht, weil die Tage kürzer sind und vielfach auch trüber. Licht aber braucht eine Pflanze genau so nötig zum Gedeihen wie ein Mensch. Man solle also für gute Beleuchtung und vergesse nicht, jeden Tag die Pflanze etwas herumzudrehen, damit diese nicht einseitig zu viel oder zu wenig Licht bekommt. Zweitens werden im Winter die Fenster nur selten geöffnet, man lebt vielmehr als sonst zwischen seinen vier Wänden, es wird geheizt usw., alles dies verdirbt aber die Zimmerluft und verunreinigt die Pflanzen schneller durch Staub, Rauch usw. Es ist deshalb eine allwöchentliche Lüftung der Blätter durch Abwaschen mit einem feuchten Schwamm oder Aufbrausen von lauem Wasser erforderlich. Endlich muß man die Pflanzen von der durch die Fensterkanten eindringenden kalten Luft schützen, ganz besonders dort, wo keine Doppelfenster sind. Am besten stellt man die Pflanzen nicht unmittelbar auf die Fensterbretter, sondern auf genügend große, etwa zwei Zentimeter starke Holzklötze, die dann des besseren Aussehens wegen noch mit einem Streifen Einoleum in der Länge des Fensterbrettes überdeckt werden. Einen zweiten Streifen Einoleum lehnt man von der so erhöhten Standstelle der Pflanzentöpfe aus schräg nach dem Fensterglas zu. Auf diese Weise kann die kalte Luft nicht zu den Töpfen gelangen, sondern nimmt ihren Abzug, zumal kalte Luft schwerer als warme ist, zwischen den Holzklötzen hindurch nach dem Boden hin.

△ **Für den bevorstehenden Weihnachtspaketverkehr** wird von der Postbehörde auf eine wichtige Vorschrift der Postordnung hingewiesen, wonach in jedes zur Versendung mit der Post bestimmte Paket eine mit der äußeren Aufschrift genau übereinstimmende Aufschrift des Empfängers oben hineinzulegen ist. Diese Maßnahme bezweckt, die Zuführung der Pakete an die Empfänger auch in den Fällen sicherzustellen, wo infolge des Verlustes der äußeren Aufschrift und der Postzeichen während der Beförderung jeder Anhalt über den Absender und Empfänger fehlt. Es liegt somit im eigenen Interesse des Publikums, die angeführte Bestimmung der Postordnung genau zu beachten; denn dadurch wird mancher Schaden verhütet und viel Ärger und Verdruss erspart. Die Beachtung der Vorschrift ist besonders für den bevorstehenden Weihnachts-Paketverkehr von erhöhter Bedeutung.

* **Vom Rhein, 24. Nov.** Der jetzige niedrige Wasserstand des Rheines ist ein Ereignis in der Geschichte des Rheines, denn nur in langen Zeiträumen trägt sich etwas zu. Man muß schon ein halbes Jahrhundert zurückgreifen, um einen ähnlich niedrigen Wasserstand wiederzufinden. Der Rhein, der im vergangenen Winter seine Wogen 5.50 Meter hoch dahervälzte, fließt gegenwärtig sehr ruhig dahin. Die Schleppschiffe können nicht einmal mehr halbe Last laden. Zwischen Koblenz und Bingen sieht man öfters Kinder fast bis in die Mitte der gegenwärtigen Strombreite waten. Die vielen Schiffsunfälle zwingen besonders die größeren Schraubendampfer zu der allergrößten Vorsicht und daher bleibt diesen gar kein anderer Ausweg als stromaufwärts sich sozusagen nur noch treiben zu lassen, um nicht ernstlichen Unfällen ausgesetzt zu sein. Daß bei dieser Maßnahme von einer regelrechten Schiffsahrt kaum noch die Rede sein kann, versteht sich von selbst, und ferner müssen die Schraubendampfer obendrein noch das Vorderdeck beladen, damit die Schrauben nicht zu tief gehen. Fortgesetzt muß die Wassertiefe gemessen werden durch Staken. Die Rhein-

schiffahrt, die in diesem Jahre ohnedies so sehr gelitten hat durch die verschiedensten widrigsten Umstände, erleidet durch den abnormen kleinen Wasserstand einen gar nicht zu ermessenden Schaden.

* **Wiesbaden, 22. Nov.** (Viehmarkt.) Durch die hohen Preise auf dem Fleischmarkt hat die Kauflust der Konsumenten in der abgelaufenen Woche merklich abgenommen. Die Metzgermeister haben noch Ueberfluß an Fleisch. Deshalb war auf dem heutigen Markt die Nachfrage gering. Bei ruhigem Geschäft begann der Markt und endete demgemäß, sodaß der geringe Auftrieb an Rindern noch ziemlich Ueberfluß zeigte. Die Preise gingen, außer bei Kälbern etwas zurück.

Nus Stadt und Land.

* **Schweres Eisenbahnunglück bei Marienburg.** Am Montag früh ist auf dem Bahnhof Braunsvalde, der letzten Station vor Marienburg, der neu eingelegte Güterzug 8060 mit dem von Marienwerder kommenden Personenzug 1001 zusammengefallen. Bis jetzt sollen vierzig Personen tot oder schwer verwundet aus den Trümmern geborgen worden sein.

* **Neuer Zwischenfall mit einer Entente-Kommission.** In Kuzhausen kam es zu einem Zwischenfall zwischen Mannschaften der Garnison und Mitgliedern der Kuzhavener Entente-Kommission. Bei der Feststellung von Waffensubstanzen in den Kasernen bestand die Entente-Kommission darauf, auch in den Kammern der Mannschaften nach Handwaffen zu suchen. Die dadurch gereizte Mannschaft ließ sich zu Belästigungen der Ententemitglieder hinreißen. Auch der Kraftwagen der Kommission wurde beschädigt. Die in Begleitung der Kommission befindlichen deutschen Ueberwachungs-offiziere suchten nach Möglichkeit die deutsche Mannschaft zu beruhigen, konnten jedoch nicht alle Kundgebungen verhindern.

* **Kantorowicz in polnischem Besitz.** Eines der größten Fabrik-Unternehmen des ganzen Ostens, die weit bekannte Sikorsfabrik von Hartwig Kantorowicz A.-G. in Posen, ist durch Kauf in den Besitz eines polnischen Konfunktions übergegangen. Die neue Firma heißt Hartwig Kantorowicz Kakt. T. A. in Posen. Als Kaufsumme werden über 50 000 000 Mark genannt.

* **Das 175 jährige Jubiläum der Technischen Hochschule.** Am Freitag hat die Technische Hochschule in Braunschweig ihr 175 jähriges Bestehen feierlich begangen. Aus Anlaß der Feier wurden verschiedene namhafte Persönlichkeiten aus Braunschweig zu Ehrenbürgern ernannt. Der Hauptauschuß des Braunschweigischen Landtages bewilligte für das neue Ordinarium 100 000 Mark. Die Stadt Braunschweig zur Unterstützung bedürftiger Studenten 50 000 Mark. Unter Mitwirkung des Deutschen Hochschulbundes gaben Industrie, Handel und Landwirtschaft nahezu eine halbe Million Mark zur Gründung einer Darlehnskasse, deren Kapital zur Erleichterung des Studiums verwendet werden soll. Außerdem wurden noch einige Stiftungen im Gesamtbetrage von 250 000 Mark errichtet.

* **Streik in Oberschlesien.** Durch die Treibe-reien einer syndikalistischen Gruppe wurde die gesamte Industrie in Ratibor in den Streik getrieben. Die Versuche, Gas- und Wasserwerke zu sabotieren, sind bis jetzt erfolglos geblieben. Die Verhandlungen der Interalliierten Kommission zur Beilegung des Streiks hatten bisher kein Ergebnis.

* **Streik in der schlesischen Metallindustrie.** Seit Dienstag früh befindet sich die Arbeiterschaft der Metallindustrie in Niederschlesien in Stärke von 40 000 Arbeitern im Streik, der seine Ursache in Lohn-differenzen hat. Im Oberrhein Bezirk beläuft sich die Anzahl der streikenden Arbeiter auf 4000.

* **Wieder eine polnische Mordtat.** Das Opfer eines politischen Mordes wurde der 75 jährige Bauer Kopyn in Michalowitz. Drei maskierte Polen drangen in sein Gehöft ein und töteten ihn durch Revolver-schüsse. Der Ermordete war wegen seiner deutschfreundlichen Gesinnung bereits mehrfach verfolgt worden.

* **Preissturz der Fleischpreise in Anhalt.** Zu einem gewaltigen Preissturz in Vieh- und Fleischpreisen haben die vom Landesernährungsamt festgesetzten Höchstpreise in Anhalt geführt. Der Schweinepreis ging von 16 Mark auf 10 Mark pro Zentner zurück und der Schweinefleischpreis von 22 auf 16 Mark.

* **10 Kühe verbrannt.** Großfeuer entstand im Vorwerk Biele, das zum Kammergut Janderode bei Dresden gehört. Dort brannte das zur Schäferrei gehörige Stallgebäude nieder, wobei zehn Kühe mit in den Flammen umgekommen sind. Die Entstehungsur-sache wird auf Selbstentzündung des Dingers zurückgeführt. Der Brandschaden wird auf mehr als eine halbe Million Mark beziffert.

* **Ein jugendlicher Erpreßer.** Ein Einwohner in Grimnitz (Sachsen) erhielt vor einigen Tagen ein anonymes Schreiben, in dem er aufgefordert wurde, an einem bestimmten Ort die Summe von 300 000 Mk. niederzulegen, andernfalls die „Schwarze Hand“ rührend eingreifen werde. Der Polizei ist es sehr bald gelungen, den Erpreßer ausfindig zu machen; er war ein zwölf Jahre alter Schulkunde. (H)

* **Teures Ziegenfutter.** Aus Oppenheim (Hessen) wird geschrieben: In einem benachbarten Ort bewahrte ein Bauer seine Banknoten im Stalle auf, aber nicht verstaubt genug, als daß sie nicht eine Geiß gefressen und fünf Hundertmarktscheine gefressen hätte.

* **Untergang eines deutschen Zweimasters.** Vor Albau auf der Höhe von Bindau ging ein im Sturm ledgeschlagener deutscher Zweimastkutter, der mit Brennschiefer von Stockholm nach Stettin unterwegs war, unter. Die Mannschaft konnte gerettet werden.

Der Land... wald betrafflich zugenommen. Im Kreise... wald befinden sich 90 Güter im Streik, im Kreise... Grimmen 10 Güter, im Kreise Franzburg 60 Güter und vom Kreise Rügen alle. In den beiden letzten Kreisen liegen die Verhältnisse besonders ungünstig zu liegen, weil dort der verschärfte Generalkrieg be-schlossen ist und keine Notstandsarbeiten mehr geleistet werden sollen. In Anbetracht der gefährlichen Lage wird auch die Regierung in Straßburg jetzt einen Schlichtungsausschuß zusammentreten lassen. Die Technische Reichs- und schon mehrfach eingesetzt worden, auch in der näheren Umgebung Straßburgs. Die Meldungen zur Reichs- lausen zahlreich ein; sie wird überall dort

eingesetzt werden, wo die Notstandarbeiten verweigert werden. Im Kreise Greifswald ist es bereits mehr-fach zu Ausschreitungen gegen Arbeitswillige gekommen.

* **Hölz in Leipzig?** Am Sonnabend früh war der kommunistische Bandenführer Hölz aus dem Vogt-lande mit dem Frühl-Schnellzug in Hof angekommen. Hölz hat aber von Hof aus seine Reise nicht in der Richtung nach München fortgesetzt, wie man annahm, sondern soll von Hof nach Leipzig gefahren sein. Von privater Seite in Leipzig wird berichtet, daß Hölz in den Mittagsstunden in Leipzig gesehen worden ist. Die Persönlichkeit, die auf Hölz aufmerksam wurde, hat ihn aber bei dem starken Verkehr, der gerade wäh-rend der Mittagsstunden in der inneren Stadt herrschte, wieder aus den Augen verloren.

* **Die Millionen des Hochaplers Kornfeld.** Der Hochapler Rudolf Kornfeld, der sich in Berlin als Graf Sternfeld ausgab und behauptete, ein Sohn der Kaiserin Elisabeth zu sein, wurde nach seiner Ver-haftung in Wien neuerlich verhört und gab seine Identität mit dem Betrüger Rudolf Kornfeld zu, blieb aber bei seinen Behauptungen, daß er mit einem Kon-fortium in Deutschland viele Einkäufe gemacht habe und daß demselben 65 Millionen Mark zur Verfü-gung stehen. Von diesem Gelde sei ein Teilbetrag von circa 20 Millionen Mark sein Eigentum.

* **Auf der Suche nach neuen Steuern.** Die Stadt-geordneten von Delitzsch genehmigten die vom Magi-strat vorgeschlagenen neuen Steuerentwürfe, nämlich eine Jagdwaffensteuer, eine Klaviersteuer und eine Grammophonsteuer, ferner einen 100 prozentigen Zuschlag zur Reichswertzunwachssteuer.

* **Zwangsentziehung rebellischer Bauern.** Die amtliche „Karlsruher Zeitung“ berichtet von einem Auf-stuhr in dem badischen Dorfe Urloffen bei Offenburg, der durch eine Zwangsentziehung von Getreide durch die Freiburger Sicherheitspolizei hervorgerufen wurde. Die widerspenstigen Bauern sollen sich soweit ver-gessen haben, daß sie den deutschen Polizeibeamten „Bibe-la France“ zuriefen sowie den französischen Brüden-fopkommandanten in Kehl um Hilfe telephonisch an-riefen, damit er sie gegen die Zwangsentziehung in Schutz nehme. Die Freiburger Hundertschaft der Sicher-heitspolizei besetzte das Dorf, säuberte gewaltsam meh-rere Straßen und den Platz vor dem Rathause und enteignete unter dem größten Widerstand der Bauern über 550 Doppelzentner Brotgetreide, die nicht ab-geliefert worden waren.

Eingefandt.

* **Geisenheim, 25. Nov.** Großer Preisab-schlag wird leider nicht von hier, sondern von Elville gemeldet. Dort kostet Ochsen- und Rindfleisch 10 Mk., Fleischwurst 12 Mk. und Leber- und Blutwurst nur 8 Mk. das Pfund. Das ist gegen die hiesigen Preise ein Unterschied von Lage und schreibe 4 bis 6 Mk. am Pfund. Hier wäre vielleicht eine dankbare Aufgabe für die Preisprüfungs-Kommission. Einer für Alle.

Literarisches.

Gerade rechtzeitig zum Weihnachtsfest bringt der Verlag Anton J. Benjamin in Hamburg den als erstklassiges Geschenkwerk hervorstechend ausgezeichneten 8. Band seiner be-liebten „Musikalischen Edelsteine“ auf den Markt. Diese lang erwartete und mit Freuden begrüßte neue Folge der absolut konfuzenlosen Sammlung von Klavier- und Ge-sangsmusik stellt in Bezug auf sorgfältige Auswahl und Zusammenstellung sowie vornehme und geschmackvolle Aus-stattung wieder eine Refordleistung der rührigen Firma dar. Der überreiche Inhalt von insgesamt 40 ausgewählten Nummern (200 Seiten) aus allen Gebieten der Klavier- und Gesangsliteratur (Opern- und Operettenmusik, Salon- und Tanzstücke, ernste und heitere Lieder) ist eine wahre Fund-grube guter Haus- und Unterhaltungsmusik. Diese Samm-lung wirklicher Schlager sollte in keinem Haus, in keiner Familie, in keinem geselligen Kreise fehlen! Sicherlich wird der vorliegende neueste Band die zahllosen Liebhaber und Anhänger der älteren Bände ebenso befriedigen, wie er dazu angetan ist, dem im wahren Sinne volkstümlichen Unter-nehmen neue Freunde zu erwerben.

Neueste Nachrichten.

TU Amsterdam, 25. Nov. Das Befinden der Er-kaiserin weist eine weitere zeringere Besserung auf. Die anwesenden Kinder des Kaiserpaars konnten die Mutter sprechen. Der Prinz Adalbert reist heute nach Doorn wieder ab.

TU Washington, 24. Nov. Der Senator Mac Cormick wird gemäß einer mit Harding getroffenen Ver-einbarung in den nächsten Tagen nach Europa reisen, um hier Privatverhandlungen mit den europäischen Staats-männern über die Möglichkeit des Eintritts der Vereinigten Staaten in den Völkerverbund oder in eine Vereinigung der Völker anzuknüpfen.

TU London, 25. Nov. Reuter meldet aus Dublin: In der Grasschaft Tipperary ist der Führer der Sinnfeiner Rillen Aule getötet worden. Nach einer Meldung aus Cork ist dort am Dienstag Abend eine Bombe explodiert. Mehrere Personen wurden verwundet, darunter zwei schwer.

TU Versailles, 25. Nov. Der König von Spanien ist gestern Morgen hier eingetroffen. Er wohnte dem mili-tärischen Manöver der Infanterie, Kavallerie und Artillerie, sowie eines Flugzeuggeschwaders bei.

TU Moskau, 25. Nov. Da aus Moskau gemeldet worden war, daß die polnischen Truppen sich zurückziehen, teilte Joffe gestern Domski mit, daß den Friedensverhand-lungen nichts mehr im Wege stehe. Es haben gestern Kommissionsberatungen stattgefunden und man ist der Meinung, daß Joffes letzte Note betr. die Einstellung der Unterhandlungen ihren Zweck, nämlich einen Druck auf die Polen auszuüben, in diesem Falle voll erreicht habe.

TU London, 25. Nov. Die „Times“ melden aus Teheran, daß britische Truppen am 9. November bei Imam Sade Hassan mit den Bolschewisten zusammengefallen sind. Die Bolschewisten ließen hundert Tote auf dem Schlach-tfelde, unter denen sich aber nur zwei Russen befinden. Die britischen Verluste betragen sechs Mann. Am gleichen Tage bombardierten englische Flugzeuge Ensi am Schwarzen Meer und zerstörten die Hafenanlage, sowie eine Anzahl Lagerhäuser am Hafen.

Bekanntmachung.

Die Viehzählung am 1. Dezember 1920 erstreckt sich auf Pferde (ohne Militärpferde), Rindvieh (Kälber, Jungvieh, Bullen, Stiere, Ochsen, Milch- und Zugfühe), Schafe, Schweine, Ziegen, Kaninchen und Federvieh (Gänse, Enten, Hühner, Truthühner und Perlhühner).

Das in der Nacht vom 30. November bis 1. Dez. vorübergehend (auf Reisen, Fahren etc.) abwesende Vieh ist bei der Haushaltung, zu der es gehört, mitzuführen. Die Zähler sind die Angaben der Viehhaltenden Haushaltungen in die Zählbezirksliste einzutragen. Das Ergebnis des Eintrags ist von dem Haushaltungsvorstand mündlich zu bestätigen.

Die Angaben über den Viehbestand dürfen nur zu amtlichen statistischen Arbeiten, nicht zu Steuerzwecken benutzt werden.

Wer wissenschaftlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. bestraft; auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil für den Staat verfallen erklärt werden.

Es wird ersucht, die Herren Zähler bei der Zählung zu unterstützen.

Geisenheim, den 24. November 1920.

Der Magistrat. Stahl.

Bekanntmachung.

Freitag den 26. d. Mts., vormittags von 8 bis 12 Uhr kommt im Wirtschaftsamt

Corned-Beef, Roast-Beef und Blutwurst zum Verkauf.

Der Preis der Dose Corned-Beef beträgt Mk. 13.50 und Mk. 18.40, der Dose Roast-Beef Mk. 13.50 und der Dose Blutwurst Mk. 12.—.

Im Anschluß an unsere Bekanntmachung vom 25. ds. Mts. wird mitgeteilt, daß der Preis des Haushaltungszuckers nicht Mk. 3.50, sondern 3.60 je Pfund beträgt.

Geisenheim, den 25. November 1920.

Der Magistrat.

Entlade morgen Freitag an der Bahn

Prima

Weiß- u. Rotkraut.

Ferner nehme Bestellungen auf **Stroh und Dickwurz** entgegen.

Carl Dillmann

Behlstraße 9

Telefon 265.

Englische Decken

in allen Farben wie schwarz, braun, grau, weinrot usw., passend für **Alster, Damenmäntel, Anzüge, Toppen und Hosen.**

Peter Klee, Schneidermeister, Geisenheim

Reinstraße 5.

Neu erschienen!

Der Rheingau

in Sage u. Geschichte

von Rektor W. Janßen

Verlag von Arthur Jander. Geisenheim

Preis Mk. 3.—

Zu haben in allen Buchhandlungen.

Eingetroffen:

4 Meter lange
Plöcke,
Baumstüben,
Wasserpflöcke,
Bretter u. Latten.
C. Dillmann.

Alle Sorten

Tafel- und
Wirtschafts-Obst

fortwährend zu haben bei
Franz Rückert
Winklerlandstr. 47.

Besuchskarten

liefert schnellstens
Buchdruckerei A. Jander.



Danksagung.

Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei dem Heimgehe unserer lieben Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Michael Schmitt Wwe.

Anna Maria geb. Sengler

sagen wir hiermit unseren tiefgefühltesten Dank. Ganz besonders danken wir den ehrw. Schwestern des Krankenhauses „Mariahilf“ für ihre liebevolle Pflege während der langen Krankheit, dem Gesangsverein „Cäcilia“ für den erhebenden Grabgesang, den Kranz- und Blumenspendern und allen denen, die unserer teuren Entschlafenen die letzte Ehre erwiesen haben.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Geisenheim, den 24. November 1920.

Cäcilien-Verein Geisenheim

Gegründet 1848.

Sonntag den 28. November 1920, nachmittags 4 Uhr
im Saalbau „Deutsches Haus“ zu Geisenheim

KONZERT

unter Leitung des Herrn Musikdirektor **A. Winkel-Bingen**
sowie unter Mitwirkung des
Herrn Konzertsängers **Martin Kremer, hier (Tenor)**
sowie eines Künstler-Quintetts (Leitung Herr Willy Wolf, hier).

Reservierter Platz Mk. 6.—, 2. Platz Mk. 4.—

Karten-Vorverkauf bei den Herren Gustav Kublank, Behlstraße,
Leo Brandscheid, Marktstraße und J. Reutershan, Pflanzstr.

Von abends 8 Uhr ab: **BALL.**

Zu zahlreichem Besuch ladet höflichst ein

Der Vorstand.

Ein willkommenes Geschenk

:-: für Jedermann :-:

ist wirklich gutes Briefpapier mit passenden Umschlägen in sehr hübschen Geschenkkartons. Eine sehr reichhaltige Auswahl von schönen

Briefkassetten

in reizenden Aufmachungen und allen Formaten für Herren, Damen und Kinder sind eingetroffen.

Buchdruckerei A. Jander :: Geisenheim.

Für Samstag Nachm.
von 1/2 2—4 Uhr

Putz-Frau

gesucht. Wo, zu erfragen
in der Geschäftsstelle.

Mädchen od. Frau

zur Aushilfe 3—4 Stund.
täglich gesucht.

Geheimrat Wagner,
Montrepos.

Wir suchen

für kauslufte Kapitalisten
verkaufliche Häuser
jeder Art und erbitten Ange-
bote von Selbstgeigntümern.
Grundstücks-Offertenverlag
Frankfurt a. M., Schillerhof.

Eine Raut

guten Dung
zu verkaufen.
Näh. in der Geschäftsst.

F. I. Geisenheimer

Fußballverein 1908

Heute Donnerstag Abend
8 Uhr:
Spielandschulung
bei Mitglied Kremer, Pflanzstr.

La. geräucherte

Süss-

Bücklinge

per Pfund Mk. 7.—
empfiehlt

Warenhaus Kittel.

Frisch eingetroffen

Neueholl. Salzheringe

Kieler Bücklinge

Lachs-Bücklinge etc.

Holländer, Tilsiter u.

Camembert-Käse

ff. Süßrahm-Margarine

ff. Kokosbutter

Gezuckerte u. ungezuckerte

Büchsenmilch

Alle Sorten Süßfrüchte
Obst und Gemüse.
Frau A. Rothhaupt
Marktstraße 4.

Rath Kirchenchor

Geisenheim a. Rh.

Freitag Abend 8 Uhr:

Gesangstunde.

für alle Stimmen.

Um pünktliches und voll-

zähliges Erscheinen bittet

Der Vorstand.

Hotel Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

Turnerschaft
Geisenheim
von 1858.

An alle Turner!

Zur Durchführung eines ge-
regelten Schulturnens wäh-
rend des Winterhalbjahres
sowie zur Einübung von
Vorführungen für die Weih-
nachtsfeier lade ich die ge-
samte aktive Turnerschaft und
Jünglinge für Donnerstag
Abend 8 1/2 Uhr in die Turn-
halle ein.

Ich rufe nochmals an dieser
Stelle einem jeden Einzelnen,
zu gemeinsamer, aufbauender
Mitarbeit an unserer edlen
Turnsache auf und erwarte
reißlos (Erscheinen).

Fritz Jffinger, 1. Turnwart.

Gefäßzuchtverein

Geisenheim a. Rh.

Dungversteigerung.

Donnerstag den 25. Novbr.,
abends 8 Uhr, im Hotel

„Germania“

Pferdversteigerung

für den Monat Dezember.

Zur Versteigerung sind auch
Nichtmitglieder zugelassen.

Im Anschluß an die Ver-
steigerung

Mitgliederversammlung

Der wichtigen Tagesord-
nung wegen wird um zahl-
reichen Besuch gebeten.

Der Vorstand.

Gesangsverein

Lieder-

kranz.

Donnerstag Abend 8 Uhr:

Gesangstunde.

Vollzähliges und pünktliches
Erscheinen erforderlich.

Der Dirigent.

Cäcilia

Geisenheim.

Veranstaltung Andr. Ober

Donnerstags Abend 8 Uhr:

Gesangstunde.

Die Mitglieder werden ge-
beten, pünktlich und vollzählig
zu erscheinen.

Der Dirigent.

Geflügel-, Kaninchen-

Vogelzucht- u. Schutz-

verein Mittelhessens

Sonntag den 28. November,

nachm. 4 Uhr.

im Vereinslokal „Stolperer“

Große

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

Ausstellung an Weihnachts-

und Verteilung von Anmelde-

bogen zu derselben.

Wir erwarten unbedingt

jedes einzelne Mitglied, da

dies die letzte Versammlung

vor der Auflösung ist.

Der Vorstand.

1897er

Kameraden werden gebeten,

sich zu einer Besprechung

am Freitag Abend 8 Uhr

bei Kamerad Bollmer ein-

zufinden.



Tiefschwarz

werden selbst ältere Stiefel

durch tägliche Pflege mit

Erdal. — Stiefel sind teuer,

deshalb

spare durch

Erdal

schwarz + gelb + braun + rotbraun. Alleinvertrieb: Werners & Meißner, Mainz.